

## 431. Der Untergang der grossen Volksparteien?

*... dank Fehler der Politiker oder einfach der gesellschaftliche Wandel?*

**Einleitung:** Unsere Nachbarn in Nöten

Nicht nur in Deutschland, auch in anderen Nationen des Kontinents rieb man sich die Augen, als die Abstimmungsergebnisse der letzten Europawahlen bekannt wurden. Fast ausnahmslos hatten die bisherigen grossen Volksparteien verloren, zu Gunsten der bisherigen Kleinen wie Umweltparteien oder den rechtsnationalen.

So wäre die jetzige GROKO in Deutschland mit CDU/CSU und SPD nur noch eine Rumpfvertretung der Wähler, mit knapp 37 %, nach den letzten Umfragen, also eigentlich keinesfalls mehr zum Regieren legitimiert.

Aber auch in Frankreich würde eine vorzeitige Wahl wohl Macron in die Untiefen der Geschichte versenken.

Was also läuft hier falsch? Eine Frage die dringend beantwortet werden muss und auch kann.

**Das gleiche Regierungssystem seit 75 Jahren:** Wie die Nachbarn regiert werden Vereinfacht wählen fast alle unsere Nachbarn gleich: Nach dem Wahlergebnis steht fest, welche Partei die meisten Stimmen und damit Parlamentsvertreter hat. Entweder erreicht diese direkt eine Mehrheit, also 50 % plus oder sie muss sich Partner suchen, einen, zwei oder gar noch mehr, um die nötige Mehrheit, eben 50 % plus zu erreichen.

Den Vorgang nennt man koalieren und das Produkt Koalition, das Ganze in einen Koalitionsvertrag verpackt, worin die Teilnehmer festlegen, wie sie in grundsätzlichen Dingen vorgehen wollen.

Und damit dieser zu Stande kommt, muss natürlich jede teilnehmende Partei mehr oder weniger grosse Abstriche von ihren abgestammten Vorstellungen machen. Was dann dazu führt, dass bei mancher Partei durch so viel Verwässern gar keine Konturen mehr sichtbar sind.

Das Resultat ist bekannt, die SPD ist an der Seite der CDU/CSU zur Mini-partei geschrumpft, aber auch das Duo Infernale CDU/CSU musste kräftig Federn lassen.

**Statt vorwärts in die Zukunft:** folgten rund 11 Jahre GROKO-Stillstand

In der Vergangenheit von Nachkriegsdeutschland hatte ausser einem kleinen Zeitfenster 1961 auch nie eine Alleinregierung geherrscht. Aber es ging dann wenigstens immer mit nur zwei Parteien ab.

Die Situation war dann auch nicht besonders brisant, da sich mit CDU/CSU und der FDP, aber auch der SPD mit den Grünen, Paarungen ergaben, welche schon vom Prinzip her genügend Schnittmengen hergaben.

Leider verhallten die Warnrufe ungehört, als die erste grosse Koalition, die GROKO 2005 mit CDU/CSU und SPD an die Macht kam. Von Stillstand war die Rede, wobei dies eher das kleinere Übel darstellte. Viel mehr mussten beide Seiten viel von ihrer Identität abgeben, um jeweils diese Kollationen – mit einem kleinen Unterbruch – bis heute, also insgesamt fast 11 Jahre durchzuziehen.

Für die Nation bedeutete dies leider 11 Jahre geschönter Stillstand, indem nur Veränderungen auf der Basis des kleinsten gemeinsamen Nenners die nötigen Mehrheiten fanden.

**Die Veränderungen der Jahre:** leider bis heute nicht offiziell bemerkt

Schaut man die früheren Wahlen an, fällt sofort auf, dass in den Anfängen von Nachkriegsdeutschland sich «nur» mal 15 Parteien zur Wahl stellten. Heute ist es mehr als das Doppelte mit 33 Parteien, trotz der 5 %-Klausel, welche für den Einzug in den Bundestag notwendig sind.

Das zeigt doch ganz klar auf, dass die Menschen mit den etablierten Parteien wie CDU/CSU, SPD, FDP, Linke, Grüne und AfD alleine nicht zufrieden sind. Schon die Linke, Grüne und AfD sind ja «Neuschöpfungen».

Man muss sich das schon mal vor Augen führen: wenn die CDU/CSU heute noch 25 % Stimmen zusammenbringt, dann mag sie ja wohl die grösste Partei sein, aber 75 % der WählerInnen wollen etwas anderes!

**Die Bildung der Koalition:** oft als doppelter Verrat vom Wähler empfunden

Wie oben schon erwähnt, bringt es das System der heutigen parlamentarischen Regierungsform mit sich, dass die Partei mit den meisten Stimmen zur Regierungsbildung eine Mehrheit zusammensuchen muss.

Und wie ebenfalls gezeigt, war das bis zu der langen GROKO-Strecke immerhin ein Zusammengehen, das noch verständlich war wie konservativ/liberal oder sozial/grün.

Mit der Vermehrung der Bundestagsparteien von ehemals drei (CDU/CSU, FDP und SPD) auf gar sechs mit zusätzlich Grüne, Linke und jetzt noch AfD ist die Findung viel schwieriger geworden. Und es drängen sich Paarungen auf, die völlig kontrovers sind oder man flüchtet(e) sich eben in eine GROKO, mit dem bekannten Ergebnis.

- **Wir erwähnten den doppelten Verrat:**

Nun der erste ist der Umstand, dass ein Wähler konservativ wählt und dann seine Partei plötzlich mit den Grünen «im Bett» antrifft. Das hat er sich bestimmt anders vorgestellt und entspricht wohl kaum seinem Wunsch.

Oder er wählt SPD und seine Partei dient sich dann willfährig den Schwarzen an, nur um in der Regierung zu bleiben.

Der zweite Verrat ist dann echt unverständlich, in diesem Koalitionsgeschacher und scheint im Moment gerade im Freistaat Bremen über die Bühne zu gehen:

In Bremen wurde die SPD-Regierung nach 73 Jahren Dauerregentschaft abgewählt und zwar mit der höchsten Wahlbeteiligung seit 1995. Und die Grünen haben es nun in der Hand und gehen als Königsmacher wohl eine Koalition mit der bisherigen SPD und den Linken ein. Da wird nun also die grösste gewählte Partei einfach übergangen und in die Opposition verbannt, das kann es nun aber nicht sein. Es muss doch einen Grund gehabt haben, dass die Wähler eben keine SPD-Mehrheit mehr wollten.

Es ist auch wenig zielführend, wenn der bisherige SPD-Bürgermeister und Präsident des Senats Carsten Sieling grinsend erklärt, er werde so doch an der Macht bleiben, alle CDU/CSU-Wähler fühlen sich doch beschissen!

Das sind genau diese Details, welche zu Politikverdrossenheit und oft auch Abstinenz führen.

**Das veraltete System:** ... und schon sind wir wieder bei der Konkordanz

Man darf sich doch mal hinterfragen, ob ein Regierungssystem nach fast 75 Jahren nicht mal reformiert werden dürfte.

Früher waren es mal 15 Parteien, heute mehr als das Doppelte trotz Zulassungsbeschränkung für die Wahl in den Bundestag.

Es sind eben auch die Bedürfnisse der Gesellschaft, die mannigfaltig zugenommen haben:

Nach dem Krieg war man schon zufrieden mit einem Dach über dem Kopf, Arbeit und genügend Essen auf dem Tisch.

Dann mit dem Wirtschaftswunder kamen Bedürfnisse wie Ferien / Freizeit dazu, die Mobilität, Socialmedias, weitere Lifestyle-Vorstellungen und dann gesellschaftliche Einbindungen in Umweltschutz, Tierschutz, Ernährung und viele weitere Zeitthemen.

Dass all dies im Alleingang von einer Partei abgedeckt werden könnte, wird ja wohl niemand glauben. Und so haben sich je nach Interesse eben diese vielen Splitterparteien gebildet, manche sogar breit gefächert, andere eben nur Ein-Themen-Bündnisse.

Es ergibt sich mathematisch, wie wir gesehen haben, dass keine der etablierten Volksparteien noch eine Mehrheit mit einer eher benachbarten Partei finden wird. Und da diese queren «Heiraten» oder eine GROKO auch nicht zum Ziel führen, gibt es nur einen Ausweg, die Minderheits-Regierung oder wie wir sagen, das Konkordanz-System.

Die Grössten finden sich zusammen, stellen zusammen die Regierung und leben damit, dass die politischen Fragen mit wechselnden Mehrheiten gelöst werden.

So wird eine CDU/CSU damit leben müssen, dass sie Stimmen bei der FDP und sogar AfD abholen muss. Oder der SPD bei den Grünen und Linken.

Vielleicht müsste man sich sogar mal überlegen, auch die 5 % Hürde aufzuweichen und auf 3 % oder so zu senken. Minderheiten, welche in gewissen Fragen durchaus klare und fundierte Meinungen haben, können so auch als Mehrheitsbeschaffer dienen und so die Politikverdrossenheit des Volkes aufweichen helfen.

**Die Zeit, als sich Nationen mit 2 oder 3 Parteien regieren liessen, ist wegen der gesellschaftlichen multiplen Entwicklung vorbei.**

**Die Lösung liegt eindeutig bei einem Konkordanz-System, wo die grossen Kräfte zusammen die Regierung bilden. Und regiert wird je nach Thema mit wechselnden Mehrheiten.**

Und das Ganze, das sieht man am Beispiel Schweiz, ist eine sehr stabile Angelegenheit, weil die einzelnen Kräfte ja bekannt sind und man sich deshalb in etwa ausrechnen kann, für was man eine Mehrheit kriegt oder eben nicht. Es hat auch den Vorteil, dass innerhalb der Parteien der Fraktionszwang wegfällt und je nach Geschäft ein Volksvertreter nach seinem Gewissen – und dem sollte er ja verpflichtet sein – eventuell auch gegen die eigene Partei stimmen kann – auch das ein klarer Vorteil.

**Eine Revision dieser veralteten Systeme ist dringend notwendig, sonst werden noch viel mehr Wähler aus Frust oder Protest neue, radikale Kräfte wählen. Nur wenn die Wähler wieder spüren, dass ihr Willen soweit als möglich umgesetzt wird und die Politiker sich nicht nur zum Selbstzweck in Bündnissen zusammenfinden, werden sie zurückkommen.**

**Wenig verwunderlich:  
Genau an den gleichen Problemen krankt auch die EU –  
kaum erstaunlich, bei diesen «Eltern»!**